



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2009/1630

Veranlasser / Verursacher

Datum: 27.08.2009

Aktenzeichen:

Informationsvorlage

**Information des Kreistages durch den Kreisausschuss gemäß § 29 Abs. 3
HKO**

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Kreistag	24.09.2009	2	öffentlich

Erläuterungen:

**Erlass der Hessischen Kultusministerin vom 09.07.2009 zur Grundschule
Immenhausen-Holzhausen**

Es wird auf das als **Anlage 1** beigefügte Schreiben verwiesen.

**Erlass des Hessischen Kultusministeriums vom 10.08.2009 zum Landesprogramm
Ganztägig arbeitende Schulen / Aufnahme weiterer Schulen sowie Aufstockung der
Ressourcen zum Schuljahr 2009/2010**

Es wird auf das als **Anlage 2** beigefügte Schreiben verwiesen.

**Kreistagsbeschluss vom 04.09.2008 zur stärkeren Beteiligung des Landes an den
Kosten der Schulsozialarbeit**

Wie zwischenzeitlich in der Presse berichtet wurde, hat die Kultusministerin des Landes Hessen Frau Henzler in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses des Hessischen Landkreistages am 05.06. 2009 in Dreieich mitgeteilt, „**dass eine Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit ausgeschlossen werde. Schulsozialarbeit sei insbesondere eine Aufgabe der Kreise**“.

Weiterhin wurde Anfang September 2009 angekündigt, die in den Kreisen Hersfeld-Rotenburg, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner und Schwalm-Eder zwischen den Staatlichen Schulämtern, den Kreisen und den Standortkommunen bestehenden Verträge zur gemeinsamen Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht über das Schuljahr 2009/2010 hinaus fortzusetzen.

Hierauf hat der Hessische Landkreistag reagiert und das Hessische Kultusministerium mit Schreiben vom 15.09.2009 gebeten, diese Entscheidung zu überdenken und eine verbindliche Erklärung gegenüber dem Hessischen Landkreistag abzugeben.

Das Schreiben vom 15.09.2009 (**Anlage 3**) ist beigelegt, ebenso das Schreiben an die Landkreise vom 16.09.2009 (**Anlage 4**) und ein Schreiben zur Schulsozialarbeit des Hessischen Landkreistages an die Ministerin vom 30.07.2009 (**Anlage 5**), auf das aber lt. Landkreistag keine Reaktion erfolgte.

Kreistagsbeschluss vom 19.06.2008, betr. „Sporthallenkonzept erstellen“

Aufgrund des o.g. Kreistagsbeschlusses sollte bis zum Sommer 2009 ein Sporthallenkonzept für die kreiseigenen Turnhallen vorgelegt werden. Wegen der vorbereitenden Arbeiten für das Sonderinvestitionsprogramm im gesamten ersten Halbjahr 2009 kann das Sporthallenkonzept erst zur Kreistagssitzung im November 2009 vorgelegt werden.

Bericht des Kreisausschusses zur Realisierung einer durch Werbeanzeigen finanzierten Wegweisers für Behinderte

Zum Kreistagsbeschluss vom 04.09.2008 wird wie folgt berichtet:

Die vom Kreisausschuss geführten Gespräche mit der Stadt Kassel haben zu dem Ergebnis geführt, dass kein gemeinsamer „Wegweiser Behinderte in der Region Kassel“ veröffentlicht wird. „Wegweiser für Behinderte“ werden in Broschürenform analog der bekannten Seniorenwegweiser nicht standardmäßig von den auf die Erstellung von Info- und Kommunalbroschüren spezialisierten Verlage angeboten. Eine auf die Zielgruppe zugeschnittene Broschüreneerstellung für die Region Kassel wäre somit mit zusätzlichen Kosten verbunden, die – nach übereinstimmender Ansicht der in Frage kommenden Verlage – nicht über die zu erzielenden Werbeeinnahmen aus Inseraten abzudecken sind. Diese Einschätzung hat sich vor dem Hintergrund der spürbaren Zurückhaltung von Werbekunden wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise noch verstärkt. Die Informationen, die in einer Broschüre, die ja selbst auch barrierefrei gestaltet werden müsste, aufbereitet werden können, stehen barrierefrei auf der Internetseite des Landeswohlfahrtsverbandes www.lwv-hessen.de im Bereich „Soziale Landkarte“ sowie unter www.sozialnetz.de aktuell und umfassend zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund hat die Prüfung des Kreisausschusses ergeben, dass ein „Wegweiser Behinderte in der Region“ nur allein für

den Landkreis Kassel möglich und gleichzeitig mit erheblichen Kosten (mindestens 10.000 Euro) verbunden ist. Die o.a. Internetseiten sind mit der Seite der Behindertenbeauftragten des Landkreises Kassel verlinkt.

Bericht zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.10.2008 zur Einführung eines Mobilitäts-/Sozialtickets für den ÖPNV im Landkreis Kassel

Mit Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.10.2008 wurde der Kreisausschuss durch Beschluss des Kreistages vom 06.11.2008 gebeten zu prüfen, wie und mit welchen Kosten ein Mobilitäts-/Sozialticket für den ÖPNV im Landkreis Kassel umgesetzt werden kann.

Dabei sollten folgende Kriterien berücksichtigt werden:

Anspruchsberechtigt sollen sein:

Empfängerinnen und Empfänger von ALG II, Sozialgeld, Sozialhilfe und Grundsicherung, Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Der Preis für ein Sozialticket sollte bei 15,00 € für den Tarifbereich KasselPlus und bei 25,00 € monatlich für den gesamten NVV-Bereich liegen.

Eine entsprechende Prüfung ist erfolgt. Die Ergebnisse werden in dem in **Anlage 6** beigefügten Bericht dargelegt.

Bericht zum Kreistagsbeschluss vom 03.07.2009 betr. die Zertifizierung von Radwegen

Mit Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 04.06.2009 in der Fassung der Empfehlung des Ausschusses für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen vom 25.06.2009 unter Einbeziehung des Ergänzungsantrages der CDU-Fraktion vom 27.06.2009 wurde der Kreisausschuss durch Beschluss des Kreistages vom 03.07.2009 beauftragt, festzustellen und zu prüfen, wie eine kreisweite Zertifizierung der Radfernwege (R1, R4 etc.) durch den Allgemeinen Deutschen Fahrrad- Club e. V. (ADFC) erfolgen kann, um die Radinfrastruktur und ihr Wirtschaftspotential (Tourismus) zu verbessern.

Insbesondere sollte geprüft werden:

- welche Kosten entstehen für die kreisweite Zertifizierung,
- durch wen werden die anfallenden Kosten abgedeckt und in welcher Höhe,
- können für die Zertifizierung Bundes-, Landes- oder EU- Mittel, mit Aussicht auf Erfolg, beantragt werden,
- welche längerfristigen Kosten entstehen nach einer Zertifizierung der Radwege und von wem werden sie bezahlt,
- wie erfolgt die Zertifizierung, bei eventuell neu ausgewiesenen Radwegen und wie werden hier dann die anfallenden Kosten verteilt,

Dem Kreistag sollte in der Sitzung am 24.09.2009 das Ergebnis der Prüfung vorgelegt werden. Eine entsprechende Prüfung ist erfolgt. Die Ergebnisse werden in dem in **Anlage 7** beigefügten Bericht dargelegt.

Ausbauplanung nach § 24a Abs. (2) Nr. (1) SGB VIII

Anfang 2005 ist das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) in Kraft getreten. Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe werden mit dieser Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) verpflichtet, bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder zu schaffen.

Das Bundesgesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) ist zum 01.01.2009 in Kraft getreten.

Das Gesetz beinhaltet unter anderem den quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung bis zum 31.07.2013 und die Einführung eines Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.

Die Beteiligung des Bundes an den investiven Kosten erfolgt im Rahmen von Finanzhilfen auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern.

Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich auf dem „Krippengipfel“ am 2. April 2007 darauf verständigt, bis zum Jahr 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 % der Kinder unter drei Jahren aufzubauen.

Die in der Anlage erarbeiteten Empfehlungen bilden den Rahmen, um bis zum Jahr 2013 im Landkreis Kassel ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu schaffen. Vorrangig geht es darum, freiwerdende Kapazitäten in Tageseinrichtungen für Kinder durch altersstufenübergreifende Gruppen für Kinder ab dem 2. Lebensjahr zu öffnen. Kinder unter 2. Jahren sollen vor allem durch qualifizierte Kindertagespflegepersonen oder in Krippen betreut werden. Hierbei ist ein großes Augenmerk auf die Qualität der Betreuungsplätze zu legen. Die Empfehlungen werden einschließlich des Stufenplanes jedes Jahr den aktuellen Entwicklungen angepasst. Hierzu wird in engem Dialog mit den Kommunen und den Trägern der Kindertagesbetreuung der Bestand zu erheben und der Betreuungsbedarf zu ermitteln sein.

Der Fachausschuss Kinderbetreuung und der Jugendhilfeausschuss sowie der Kreisausschuss haben die Empfehlung zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes Ausbauplanung nach § 24 a SGB VIII und Kindergartenbedarfsplanung im Landkreis Kassel Fortschreibung 2009 (**Anlage 8**) einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen bzw. beschlossen.

Zweite Fortschreibung der Konzeption zum Betrieb der Freizeiteinrichtungen des Landkreises Kassel

Der Kreistag des Landkreises Kassel hat in seiner Sitzung am 13.12.2001 die Konzeption zur Neugestaltung und Auslastung der Freizeiteinrichtungen zur Kenntnis genommen. Diese Konzeption wurde im Jahre 2002 erstmalig fortgeschrieben und konkretisiert und dem Kreistag zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Die dort vorgeschlagenen Maßnahmen wurden in den darauf folgenden Jahren nach und nach umgesetzt und damit der zukunftsichere Weiterbetrieb der Einrichtungen sichergestellt.

Auf Grundlage der vielfältigen Veränderungen und der veränderten Rahmenbedingungen wird nun eine zweite Fortschreibung der Konzeption vorgelegt. Darin werden die Ziele und Maßnahmen für den Betrieb der einzelnen Gästehäuser und den Tierpark Sababurg sowie eine Finanzentwicklungsprognose für die kommenden Jahre vorgestellt. Die Fortschreibung ist als **Anlage 9** beigefügt.

Schmidt
Landrat

Anlage/n:

Beschreibung
Erlass der Hessischen Kultusministerin vom 09.07.2009 zur Grundschule Immenhausen-Holzhausen
Erlass des Hessischen Kultusministeriums vom 10.08.2009 zum Landesprogramm Ganztägig arbeitende Schulen
Schreiben des Hessischen Landkreistages vom 15.09.2009 an das Hessische Kultusministerium zur Finanzierung der Schulsozialarbeit
Rundschreiben des Hessischen Landkreistages vom 16.09.2009 zur Finanzierung der Schulsozialarbeit
Schreiben des Hessischen Landkreistages vom 30.07.2009 an das Hessische Kultusministerium zur Schulsozialarbeit
Bericht zur Einführung eines Mobilitäts/Sozialtickets für den ÖPNV im Landkreis Kassel
Bericht zum Kreistagsbeschluss vom 03.07.2009 betr. die Zertifizierung von Radwegen
Empfehlung zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes Ausbauplanung nach § 24 a SGB VIII und Kindergartenbedarfsplanung im Landkreis Kassel Fortschreibung 2009
Zweite Fortschreibung der Konzeption zum Betrieb der Freizeiteinrichtungen des Landkreises Kassel